

Südzubringer: nicht Offenburgs Problem alleine!

Im Blick auf die „V4“ könnte man denken, dass das Versprechen der Stadtverwaltung, nach einer menschenfreundlicheren Trassenführung zu suchen, in 20 Monaten zu bewältigen sei.

Auch wenn man bedenkt, dass die Verhandlungen schwierig sind. Verhält sich doch der Verhandlungspartner aus Hohberg bei der Korrektur der eingereichten „V4“-Trasse ebenso kooperativ, wie die osteuropäischen Länder bei der Regelung der Asylfrage.

Doch weit gefehlt. Die Stadt legte uns nur eine Phantom-Alternativen vor.

Und auch wenn Hohbergs Bürgermeister nach dem Motto handelt: das geht uns nichts an, wir müssen gar nichts, das ist Offenburgs Ding! So gilt auch für ihn: weit gefehlt.

Die zusätzlichen Autobahnauffahrt ist bei weitem nicht nur eine Frage Offenburgs, denn es betrifft die ganze Region mit Kinzigtal, das auf eine schnellere Anbindung an die Autobahn pocht, das Ried, die GRO und auch Lahr und Friesenheim wollen einen Zubringer.

Leider erachteten es wohl die beiden Verhandlungspartner nicht wichtig genug, anstelle der „V4“ eine tragfähige, mit den betroffenen Bürgern abgestimmte Trassenführung in den Bundes-Verkehrs-Wege-Plan (BVWP) einzureichen.

Das zeigen auch die abwiegelnden Antworten auf Anfragen von Arbeitskreismitgliedern im Gemeinderat.

Deshalb müssen wir einerseits in Offenburg beharrlich auf eine zügige Rücknahme der „V4“ aus dem Raumordnungsverfahren drängen, als auch andererseits all die weiteren beteiligten „Interessenten“ an einem Autobahnzubringer und die politisch Verantwortlichen mit ins Boot nehmen.

Also galt es nun alle Kinzigtal-Bürgermeister über die Streitsache zu informieren. Sie wissen nun, dass wir dafür kämpfen, die „V4“ (inklusive der Kruxvarianten 7+8) aus dem BVWP und dem anschließenden Planfeststellungsverfahren herauszunehmen. Ein weiteres Übergehen der betroffenen Bürgerschaft würde langwierige Verfahren nach sich ziehen.

Es gibt Anzeichen dafür, dass wir im März mit „dem Kinzigtal“ ins Gespräch kommen können.

Auch die Kandidaten und Vertretern im Landtag erhielten von uns ein Schreiben, in dem wir unserer Haltung und Sicht der Dinge darlegten, sodass auch sie Kenntnis darüber haben, was „ihre“ Wähler beschäftigt.

Und zumindest bei den GRÜNEN konnten wir eine gemeinsame Stoßrichtung ausmachen, indem wir bei einer neuen Trassierung gemeinsam dafür plädieren, dass diese nur südlich des Königswaldes liegen kann, bei einer kurzen Streckenführung und geringstmöglichem Eingriff in Landschaft und Natur.

Beteiligungsverfahren:

Wenn jetzt der Referentenentwurf zum BVWP 2016 Mitte März mit der „V4“-Trassierung veröffentlicht werden wird, wird den Bürgern eine Stellungnahme innerhalb von 6 Wochen eingeräumt. Dies werden wir als AK-Südzubringer nutzen. Allerdings geht es hierbei nur um die grundsätzliche Notwendigkeit eines Zubringers, nicht um dessen genauen Verlauf.

Somit gehen unsere weiteren Forderungen dahingehend, rechtzeitig in das irgendwann anschließende Planungsverfahren Einfluss nehmen zu können. Nachdem unsere heimische Politik es nicht geschafft hat, die unsägliche „V4“-Trasse zu beerdigen,

werden wir uns nicht mehr damit abspeisen lassen, zu einem fertigen Plan (z. Bp. beim Planfeststellungsverfahren) dann Stellung nehmen zu dürfen. Wir werden uns bei den Landtags- und auch bundespolitischen Vertretern kundig machen, wie wir rechtzeitig in die Planungen eingreifen können, bzw. diese frühzeitige Beteiligung klar einfordern.

Für den Arbeitskreis Süd-Zubringer

K Bäuerle

Hildboltsweier, 18.02.16